

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Beilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Frangirlohn monatlich 90 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Ost- u. Ungarn M. 3.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingelstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde am wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingelstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Einzelzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 104.

Dresden, Montag den 9. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Postmarkensammeln wäre gescheiter.

Unter der pensionierten preussischen Generalität ist sich einer, der mit Vorliebe über Erscheinungen urteilt, denen er nichts versteht. Und zwar begnügt er sich damit, seine überflüssigen Expectorationen am Stammbuch in Freundeskreisen loszulassen, vielmehr hat er den sie auch der Welt mitzuteilen. Zu diesem Zwecke schreibt er. Dieser Eine ist der allen Sozialdemokraten wohlwollende Generalleutnant v. Liebert, seit den Reichswahlen auch Mitglied des Reichstags. Nunmehr hat er seine 1906 in erster Auflage erschienene Broschüre „Sozialdemokratie und Sozialdemokratie“ in zweiter Auflage gegeben und damit von neuem den Beweis geliefert, daß von der Sozialdemokratie gar nichts verstanden wird. Wenn man die Broschüre liest, so möchte man hell aufstehen. Damit ist auch der Reichstag selbst zur Genüge charakterisiert. Man geht nicht auf die Broschüre zu finden, sie ist die Hauptsache nach nur auf ein furchtbares Ungeheuer hinaus, das damit motiviert wird, daß Herr Liebert selbst der Sozialdemokratie alle möglichen Frevel nachsagt. Er stopft sich Scheußlichkeiten aus und muckt mit dem Gefühl, seine Pflicht getan zu haben, ob es ihm wirklich lebendig gewesen wären. Hier gibt er zwei Möglichkeiten: Entweder glaubt Herr v. Liebert, daß das, was er über die Sozialdemokratie behauptet, dann er in bezug auf den „Umsatz“ an Halluzinationen. Er glaubt nicht daran, sucht also der Sozialdemokratie die schlechtesten Seiten aufzubinden, nur damit sie zum allgemeinen Abscheu wird. Letzteres wäre eine auf Prinzip: „Der Zweck heiligt die Mittel“ aufgebaute Propaganda. Was nun die Sache so oder so sein, auf jeden Fall ist sie kein Ruhmesblatt des Herrn Generals v. Liebert.

Noch hören wir ihn etwas an, obwohl es kein Genuss ist. Das einzige Verdienst der Sozialdemokratie um das Reich nach Herrn v. Liebert ist der Lehre vom Zukunftsstaat, von der aber die Führer jetzt angeblich auch nichts mehr wollen. „Die Volksverheerung“, schreibt Herr v. Liebert, „sprechen nicht mehr davon, das Volk aber glaubt noch an die Prophezeiung und zählt in der Hoffnung darauf sein Leben, weil hier das Einzige gegeben ist, was es von der Sozialdemokratie zu erhoffen hat.“ „Mord“, der der Sozialdemokratie bekanntlich auch nicht war, vertrat hier eine andere Anschauung. Er hat offen gegeben, daß das bisherige Sozialpolitik, das in jener Zeit Reiches getrieben wurde, nur auf die Erstling der Sozialdemokratie zurückzuführen war. Und doch denn Herr Liebert will nichts von den Rechten, die die Sozialdemokratie im Reichstag und in der Gemeinde schon erlangt hat? Weiß er nichts von den wirtschaftlichen Organisationen, die die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie hat? Oder tut er nur so, als ob er es nicht wüßte, damit er sich schimpfen kann?

Die Kampfesweise des Herrn Generals sinkt so weit, daß er die Sozialdemokraten geradezu als Lumpen hinstellt. Er behauptet z. B.: „Die Neigung zum Alkoholkonsum, die Neigung der Arbeiter in jeder Richtung zu fördern, da sie die ihnen notwendige Unzufriedenheit mit dem Arbeiter seiner Familie entfremdet und in die Familien treibt.“ Erst nach dem Parteitag 1909, sagt Herr v. Liebert hinzu, sei in dieser Richtung ein Wandel eingetreten, weil der Schnapsbottich den Staat schädige. Solche Behauptungen wideren an und sind auch für den Geschmack Herrn Generals bezeichnend. Ein königlich preussischer Reichstag sollte derartige Mittel schon mit Rücksicht auf seine Verschmähen.

Und was fangen die Sozialdemokraten nach Herrn Liebert mit ihren Kindern an? Lassen sie sich selbst reden: „Die Jugend dieses Klassenbewußten Proletariats wächst in neuen Anschauungen auf, alle bisher geltenden Ideale werden vernichtet, Sitte, Scham, Gehorsam, Willkür, die als Sklavensinn verhöhnt, die in Kirche und Schule den Kindern eingeprägten edlen Lehren durch die entgegenstehenden Lehren im Hause unfruchtbar gemacht, die Jugend ist roh, ungezügelt, frech und schamlos.“ Diese Leistung reicht schon für sich selbst aus. Wenn die Sozialdemokratie die geltenden Ideale vernichtet, so hat sie ganz recht. Die Lehren im Hause sind, während Tausende hungern, frieren, diese „Ideale“, mit denen es vereinbar ist, daß der Staatopfer Gehege machen hilft, während intelligente Arbeiter sogar das Wahlrecht geraubt wird.

Der Herr Liebert schreibt der nämliche Herr v. Liebert: „Wer seinen Später schreibt, daß „strebewürdige“ Sozialdemokraten sich während ihrer Dienstzeit als gelehrige, süßredende Soldaten zeigen, ihre politischen Ansichten zu verbergen

wissen und sich auch moralisch gut führen.“ Mit Verlaub: Wie ist denn so etwas möglich? Zuerst erzählt Herr v. Liebert, daß die Sozialdemokraten die Leute zum Suff verführen, die Jugend verderben, und dann muß er zugeben, daß gerade die zielbewußten Genossen sich in der Kaserne als pflichttreue Männer erweisen, die auch gegen die Moral nicht verstoßen. Der stärkste Mann wird Herr Liebert nicht glauben, daß ein besoffener, im Sumpf aufgewachsener Mensch beim Militär plötzlich brav und arbeitsam wird.

Zum Schluß gibt der Herr General eine Anleitung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Kaserne. Hier sagt er manchmal Vernünftiges, z. B. verdammt er die Mißhandlungen, das Anschauen der Untergebenen, die jegliche Untertänigkeit. Von einer Aenderung des Militärstrafgesetzbuches, von einer Verkürzung der Dienstzeit will er freilich nichts wissen.

Eine große Angst hat der General offenbar vor den sozialdemokratischen Jugendorganisationen. In ihnen erblickt er eine Gefahr für künftige „Loyalität“ der aktiven Armee. Von der Reserve und Landwehr hält er in dieser Hinsicht schon jetzt nicht mehr viel, weil zu viel Sozialdemokraten darunter sind.

Dat Herr v. Liebert keine anderen Waffen gegen die Sozialdemokratie in seinem Kopfe als jene, die er in seiner Broschüre zeigt, so wäre es entschieden besser, wenn er sich auf andere Dinge, z. B. auf das Photographieren, auf das Sammeln von Briefmarken oder dergleichen wüßte. Mit Behmungen auf eine Eisenwand zu schießen, wie er es macht, ist doch eine gar zu unfruchtbare Beschäftigung.

Der liberale Sperling und die Zentrums-taube.

Das Schicksal der preussischen Wahlrechtsvorlage schwebt andauernd im ungewissen. Wie von uns vermutet wurde, ist durch die Debatte und die Abstimmung über den Hausknachtsparagrafen die Klüft zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen wieder verbreitert worden. Andererseits nimmt der nationalliberale Abgeordnete Dr. Wötger im Tag das Wort, um seine Parteifreunde zum Kompromiß mit den Konservativen anzureden.

Die Konservativen spielen den Grandseigneur. Sie fühlen sich als Herren der Situation. Sie denken nicht daran, ohne weiteres ihren schwarzen Zentrumsbrüder auszuscheiden. Auch die Kreuzzeitung, die zuerst die Annahme der Herrenhausbeschlüsse und damit den Anschluß an die sogenannten Mittelparteien, Freikonservative und Nationalliberale, befürwortet hatte, hat eine Schwereifung vorgenommen, sie hält jetzt wieder am Bunde mit dem Zentrum fest. Sie schreibt:

„Nächst eröffnet diese Abstimmung (über den Hausknachtsparagrafen) keine günstigen Aussichten für eine Verständigung der Mehrheit mit den Nationalliberalen über ein neues Wahlrecht. Ein Kompromiß, von dem in diesen Tagen in allerlei dunklen Andeutungen geredet und geschrieben wird. Sieht man die Entschlossenheit der nationalliberalen Fraktion, selbst in Angelegenheiten, die alle nichtdemokratischen Vorlieben einzig finden sollten, genau das Gegenteil von dem zu tun, was die Rechte für geboten hält, so wird man nicht daran glauben können, daß die ersten und einbringlichen Mahnungen der mehr nach rechts neigenden nationalliberalen Blätter irgendwelchen Eindruck machen werden.“ Innerhalb der konservativen Partei wird die Einmütigkeit dadurch gestärkt worden; vielleicht ist das schon durch die Einmütigkeit der Unken bei der Abstimmung am Freitag geschehen. Dem liberalen Sperling auf dem Wege nachaußen wird niemand Lust verschüren, wenn er die Zentrums-taube in der Hand hat. Das wird einen solchen Ausweg aus Gründen des Staatswohl sehr bebauern würden, brauchen wir nicht erst zu wiederholen. Aber was nützen die guten Absichten des Herrenhauses, wenn die Mittelparteien sich darauf verlassen, das Zentrum unter allen Umständen „auszuschalten“. Schließlich ist unser Interesse an einer Wahlrechtsänderung so verschwindend, daß wir auch ein Veto der Regierung und eine endgültige Ablehnung des Abgeordnetenhaus-Kompromisses durch das Herrenhaus gelassen hinnehmen würden.“

Zur Erkenntnis der politischen Situation und insbesondere des Zentrums sind diese konservativen Äußerungen überaus interessant. Die Zentrums-taube in der Hand des wahlrechtsfeindlichen ostelbischen Finkertums — schöner und deutlicher hätte sich die Kreuzzeitung gar nicht ausdrücken können! Wahrhaftig, in dieser Hand ist das Zentrum zahm und „ohne Falch“ wie eine Taube, während es in andern Lebenslagen die Schlangenkugeln vorzieht.

Was aber die Haltung des Zentrums selbst angeht, so berichtet die Germania über Besprechungen, die der preussische Landesauschuh ihrer Partei am Sonntagabend in Berlin gepflogen hat:

„Aber anderen Gegenständen wurde auch die allgemeine politische Lage besprochen, namentlich soweit sie durch die Beschlüsse des Herrenhauses zur Wahlrechtsvorlage beeinflusst erscheint. Eine

lange und eingehende Beratung ergab Einmütigkeit in allen entscheidenden Fragen. Beschlüsse wurden selbstverständlich nicht gefaßt, da der Landesauschuh in parlamentarischen Angelegenheiten den Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstags vorzugreifen nicht berufen ist. Der Landesauschuh sprach der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses sein volles Vertrauen und seine Anerkennung aus für die bisherige Haltung in der Wahlrechtsfrage.“

Das ist recht nichtsagend und unklar. Es scheint, als ob das Zentrum auch noch zu kleinen Rogeleien bereit ist, um die Nationalliberalen an der Schande dieser „Wahlreform“ mitzubeteiligen. Was bei all dem Gemogel und Gekackher herauskommt, das weiß noch keiner. Vielleicht geht es so, wie die Kreuzzeitung andeutet, daß die ganze „Reform“-mache schließlich sich in nichts auflöst.

Die schiefe Bahn zum Zukunftsstaat.

Gegen die Kommissionsbeschlüsse zum Kaligesez, dessen zweite Lesung am Dienstag im Reichstage vorgenommen werden soll, wendet sich der Zentralverband deutscher Industriellen in einer lebhaft gehaltenen Protesterklärung. Der Zentralverband müsse, so heißt es in dem Schriftstück, die Kommissionsbeschlüsse als „einen Bruch mit den Grundlagen ansehen, auf denen in historischer Entwicklung unsere jetzige Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung beruht“. Derartige gesetzliche Bestimmungen, wird weiter ausgeführt, bewegen sich vollkommen in der von der Sozialdemokratie unablässig und mit allen Mitteln verfolgten, den sozialistischen Staat erstrebenden Richtung. Sie würden einen bedeutenden Sieg der sozialistischen Bestrebungen bedeuten und müßten daher, wenn nicht schon vom Reichstag, so doch ganz bestimmt von den verbündeten Regierungen unter allen Umständen abgelehnt werden.

In der Tat handelt es sich bei dem Kaligesez um eine prinzipielle Entscheidung von großer Tragweite. Es handelt sich um die Entscheidung einer Frage, die unseres Wissens noch nie in Deutschland mit solcher handgreiflichen Deutlichkeit gestellt worden ist, der Frage nämlich, ob die wirtschaftliche Staatshilfe des protektionistischen Systems nur für die Starren da ist, oder ob sie auch unter gewissen Umständen für die Schwachen in Anspruch genommen werden kann.

Das neue Kaligesez ist das Musterbeispiel eines protektionistischen Gesetzes, d. h. eines Gesetzes, das die Wirtschaft unter den Schutz der regulierenden und beaufsichtigenden Staatsgewalt stellt. An Stelle der privatrechtlichen Abmachungen der früheren Mitglieder des Kalisyndikats tritt die gesetzliche Bindung aller Kaliproduzenten, die Festsetzung der Beteiligungsziffern erfolgt durch den Staat, den Kapitalisten werden also durch staatliche Einwirkung bedeutende Gewinne gewährleistet. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kaligesezkommission haben nun in die Verhandlungen den Gedanken geworfen, daß ein Gesetz, das den Produktionsprozess im Interesse der Unternehmer regelt, an der Regelung des Arbeitsvertragsverhältnisses nicht achtlos vorübergehen dürfe. Die Anträge, in denen die Sozialdemokraten diesen Gedanken ausführten, wurden natürlich von der arbeitereindlichen Mehrheit abgelehnt, immerhin glaubte man in der Kommission die Anregung der Sozialdemokraten nicht ganz außer acht lassen zu können, ohne der Sozialdemokratie den wirksamsten Agitationsstoff zu liefern. So entstand aus einem konservativen Antrag der Kommissionsbeschlüsse, wonach einem Kalibergwerk, das seine Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse unter das Niveau von 1909 verschlechtert, die Beteiligungsziffer um 10 Prozent gekürzt werden soll, jener Kommissionsbeschlüsse, der vom Scharfmacherverband jetzt als ein Schritt auf der schiefen Bahn zum sozialistischen Zukunftsstaat mit so großer Entschiedenheit bekämpft wird.

Eigentlich sollte der Zentralverband deutscher Industriellen der letzte sein, sich über solche „Schritte zum sozialistischen Zukunftsstaat“ zu beklagen, denn die Forderungen, die sich bei der Beratung des Kaligesezes geltend machten, sind weiter nichts als die logisch unabwieslichen Konsequenzen der von ihm selbst eingeleiteten Wirtschaftspolitik. Der Zentralverband war es, der seit seiner Gründung im Jahre 1876 beharrlich daran gearbeitet hat, in Deutschland zunächst einmal den sozialistischen Zukunftsstaat für die Unternehmer zu begründen. Er hat mit großem Erfolg dahin gewirkt, daß das Deutsche Reich die Rahmen des Freihandels und des Manchesterismus berließ und systematische Eingriffe der Staatsgewalt in den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung unternahm. Von 1879 datiert die neue Entwicklung der deutschen Wirtschaftspolitik, die durch gesteigerten Zollschutz, Prämien und sonstige Mittel staatlicher Begünstigung unter der Devise „Schutz der nationalen Arbeit“ die Entwicklung

nicht
igen,
der
Aus-
ber-
esgl
Kopi
Re
am
aus-
Die
offen
ge-
Ent-
ions-
den;
deln,
ber
3 9 g
aber
dem
Ge-
heint
be-
halls
rte“.

erteil
der
In
ieder
teil-
st er
chob.
Nann
aten.
Bilch
istität
offen
sigen
ch in
wegen
und
der
Das
leiden
nigen
igte

mit
genen

ein-
des
unsch
noch
der

von
Der-
eine
n, ist
das

hat
von
um
Be-
licht*

aimm-
re be
am-
stille
unter
egen-
stollen
lagen
a die
stimm
Der
jddle,
stättig
i Ne-

Wert
a vor
h die
haupt-
n der
Klener
i auch
eben
jurid-
ben
bereit
egeln.
strenu
taltung
i, daß
er ist
Mor-
am ist
t der-
strum
trag-
erfreht
dreier
weils,
r vor-

Ber-
adben
Bunte
he die
zingen
diesem
stehen-
iduna
a; bis
idgan
r Be-
stären.
a den
alle
ch die
en.
Küller
haben,
r der-